

Beenden Sie die Blockade der SUR und treten Sie in konstruktive Verhandlungen!



Sehr geehrter Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses, Norbert Lins,

die Wissenschaft ist sich weitgehend einig, ihre Warnungen sind aufrüttelnder denn je: Wir stehen derzeit vor dem *“größten Verlust an Leben seit den Dinosauriern – eine Million Pflanzen- und Tierarten sind vom Aussterben bedroht – einige innerhalb von Jahrzehnten.”* Dies [erklärten](#) die Wissenschaftler:innen auf der COP 15 im Dezember 2022 in Montreal. Dazu kommt die [alarmierende Feststellung](#) der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), dass *“die biologische Vielfalt, die die Grundlage unserer Nahrungsmittelsysteme bildet, verschwindet, wodurch die Zukunft unserer Ernährung, unserer Lebensgrundlagen, Gesundheit und Umwelt ernsthaft bedroht ist.”*

Das aktuell dominierende europäische Landwirtschaftssystem basiert auf chemischen Düngemitteln und toxischen Pestiziden und setzt Landwirt:innen und Landarbeiter:innen unter Druck. Dies gefährdet sowohl ihre Gesundheit als auch ihre sozioökonomische Stellung. Die Exposition von Landwirt:innen und Umstehenden gegenüber Pestiziden wird inzwischen eindeutig mit chronischen Krankheiten wie Krebs, Alzheimer und Parkinson sowie mit Unfruchtbarkeit [in Verbindung gebracht](#). Erhöhte Gesundheitsrisiken, sinkende soziale Anerkennung und schwankende, niedrige Marktpreise tragen dazu bei, dass alle drei Minuten ein landwirtschaftlicher Betrieb in der EU für immer seine Pforten schließt. [Daten zeigen](#) eine signifikante Korrelation zwischen den [sinkenden Einkommen](#) der Landwirt:innen (Rückgang um 46 % von 2000 bis 2020) und dem [starken Anstieg](#) der Preise für Betriebsmittel wie Pestizide und [Düngemittel](#). Die vielfältige kleinbäuerliche Landwirtschaft, die für viele ländliche Gebiete in Europa charakteristisch ist, [verschwindet](#) zunehmend aus der Landschaft.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert ein Bündel von Maßnahmen, wie sie in der [Farm to Fork](#)- und der Biodiversitätsstrategie der EU vorgesehen sind. Zu den am weitesten fortgeschrittenen Maßnahmen gehört der Vorschlag für eine Verordnung über den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden (SUR). Ein Berichtsentwurf des Parlaments wird von der Berichterstatterin Sarah Wiener in der morgigen Sitzung des Umweltausschusses vorgestellt.

In diesem Zusammenhang sind wir – die Initiator:innen der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative *“Bienen und Bauern retten“* – sehr besorgt über die Verzögerungen des politischen Prozesses zur SUR; Verzögerungen, die derzeit durch den Vorsitz und die (Schatten-)Berichterstatter:innen des Landwirtschaftsausschusses des Parlaments verursacht werden, die ihre Position auf die Forderung des Rates nach zusätzlichen Daten stützen.

Bei allem Respekt vor der Unabhängigkeit Ihres Mandats und der grundsätzlichen Komplexität politischer Entscheidungen finden wir es problematisch, dass Sie als Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses die Europäische Kommission [aufgefordert haben](#), den SUR-Vorschlag zurückzuziehen, während Sie gleichzeitig dafür kämpften, eine geteilte Zuständigkeit mit dem ENVI für den Vorschlag zu erhalten, nur um jetzt zu [erklären](#), dass der Landwirtschaftsausschuss *“es für irrelevant hält, eine Stellungnahme zu dem Vorschlag abzugeben, wenn die zusätzliche Folgenabschätzung noch aussteht.”*

Es ist besorgniserregend, dass das Europäische Parlament nicht in der Lage ist, einen vernünftigen Zeitplan für die Entscheidungsfindung und die Abstimmung über die SUR anzunehmen, weil einige seiner Mitglieder versuchen, das Dossier zu verzögern und zu entgleisen, indem sie den Krieg in der Ukraine als Vorwand nutzen. Angesichts der sich beschleunigenden Klima- und Biodiversitätskrise und des besorgniserregenden Zustands der vielfältigen und familiären Landwirtschaft in Europa ist eine solche Verzögerung des politischen Entscheidungsprozesses unverantwortlich und gefährlich. Sie missachtet den Willen der großen Mehrheit der Europäer:innen, den Pestizideinsatz deutlich zu reduzieren, wie die [Konferenz für die Zukunft Europas](#) und verschiedene [Eurobarometer-Umfragen](#) gezeigt haben. Sie missachtet auch einen breiten Konsens in der wissenschaftlichen Gemeinschaft.

Mehr als [660 Wissenschaftler:innen](#) warnten kurz nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine, dass *"politische Bemühungen, die Nachhaltigkeitsziele der Farm-to-Fork-Strategie (einschließlich des Pestizideinsatzes) aufzugeben, uns nicht vor der aktuellen Krise schützen, sondern sie eher verschlimmern und die Krise dauerhaft machen."* Dies hielt eine [Gruppe](#) von Mitgliedstaaten jedoch nicht davon ab, eine *"ergänzende Folgenabschätzung"* zu fordern und dafür den Krieg als Argument zu verwenden. Dies wiederum veranlasste mehr als [730 Wissenschaftler:innen](#) zu erklären, dass sich *"die langfristigen Herausforderungen für das Lebensmittelsystem der EU und der Zustand der biologischen Vielfalt seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine nicht geändert haben."* Der mit einer zusätzlichen Folgenabschätzung erzielbare Erkenntnisgewinn wäre *"höchst fragwürdig"*.

Eine EU-Politik, die sowohl gegen den Willen der Bürger:innen als auch gegen den wissenschaftlichen Konsens verstößt, ist nicht der richtige Weg, um das Vertrauen der Wähler:innen zu erhalten, und steht im Widerspruch zu der unbestrittenen Notwendigkeit einer wissenschaftsbasierten Politik in der Europäischen Union. Die für Werte und Transparenz zuständige Kommissarin Věra Jourová [erklärte](#) kürzlich im Plenum des Europäischen Parlaments, dass das *"Vertrauen der EU-Bürger in die EU-Institutionen schwindet"* und sagte ganz klar: *"Wir machen etwas falsch."*

Anlässlich der morgigen Vorstellung des Berichtsentwurfs des Parlaments im ENVI-Ausschuss appellieren wir im Namen der 1,1 Millionen europäischen Bürger:innen, die unsere Initiative unterstützt haben, an Sie:

Treten Sie in konstruktive Verhandlungen ein, um den dringend notwendigen Übergang zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem zu ermöglichen und zu unterstützen, das Landwirt:innen, Bürger:innen und der Natur gleichermaßen zugute kommt, anstatt der SUR weiter im Weg zu stehen. Wir bitten Sie höflich, einen Zeitplan für den Entscheidungsprozess im Landwirtschaftsausschuss vorzulegen, der eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Umweltausschuss und eine Abstimmung vor der Sommerpause ermöglicht.

Der angestrebte Übergang zu einer biodiversitätsfreundlichen Landwirtschaft und einem nachhaltigen Lebensmittelsystem ist eine Voraussetzung für die langfristige Ernährungssicherheit und für die Existenzgrundlage tausender europäischer Landwirt:innen. Lassen Sie uns diesen Weg besonnen und mutig beschreiten.

Mit freundlichen Grüßen,



Helmut Burtscher-Schaden

(im Namen des Bürgerkomitees der EBI "Bienen und Bauern retten"*)

* "Bienen und Bauern retten" wurde von über [200 NGOs](#) in ganz Europa unterstützt und von [1,1 Millionen Bürger:innen](#) unterzeichnet.